



## Deutschland zwischen China und Japan

**Axel Röhling**

**Januar 2026**

### Zusammenfassung

---

Für Freunde Japans ist endlich die Zeit gekommen, auf die sie seit Längerem gewartet haben. Statt im Schatten des Rivalen Chinas zu stehen, dem Fokus deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik in Asien in den letzten Jahrzehnten, besinnt man sich wieder einer Wertepartnerschaft mit einem Land, das Wahlen, eine freie Presse und Rechtssicherheit kennt. Dabei besteht die Tendenz, Differenzen, die sich aus der rechts-konservativen<sup>1</sup> Ausrichtung des zudem instabilen Takaichi-Kabinetts ergeben, das zudem auf die Unterstützung einer rechtspopulistischen Partei<sup>2</sup> angewiesen ist, auszublenden.

### ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

---

<sup>1</sup> Chat-GPT beschreibt die politische Ausrichtung Takaichis mit unterschiedlichen Adjektiven: konservativ/ ultrakonservativ, nationalistisch oder einfach nur rechts. Das chinesische DeepSeek ist deutlich zurückhaltender und spricht von traditionell-konservativ!

<sup>2</sup> Chat-GPT beschreibt die Sanseito als rechtspopulistisch bis rechtsextrem. Bei DeepSeek ist sie ultrakonservativ, rechtspopulistisch bzw. am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt.

## Analyse

Für Freunde Japans ist endlich die Zeit gekommen, auf die sie seit Längerem gewartet haben. Statt im Schatten des Rivalen Chinas zu stehen, dem Fokus deutscher Außen- und Wirtschaftspolitik in Asien in den letzten Jahrzehnten, besinnt man sich wieder einer Wertepartnerschaft mit einem Land, das Wahlen, eine freie Presse und Rechtssicherheit kennt. Tokio ist nicht mehr der Anschlusstermin bei Reisen nach Ostasien, sondern erster Anlaufpunkt. Angesichts der militärischen Ambitionen einer aufstrebenden Volksrepublik, die bewusst das Gleichgewicht in der Region infrage stellt<sup>3</sup> und Spannungen provoziert, nähern sich auch die sicherheitspolitischen Gefährdungsperzeptionen an. Die erstmalige Landung japanischer Kampfflugzeuge auf einem Flughafen der Bundesrepublik Deutschland ist ein symbolischer Ausdruck dafür, ebenso wie ein gemeinsames Konzert von Bläsern der Bundeswehr und der japanischen Selbstverteidigungskräfte.



*Bläserensemble der japanischen Selbstverteidigungskräfte bei einem Konzert in Berlin 2025, Photo AR*

Dennoch, es bleiben durchaus Zweifel, inwieweit die Wahrnehmung der politischen Realität Japans einer exakten Analyse oder eher dem Wunsch nach einem geeigneten Partner in Asien Rechnung trägt. Zum Vergleich: Im Falle der Volksrepublik herrschte seit den 1980er Jahren – unterbrochen durch eine Kälteperiode nach der Niederschlagung der Studentenbewegung 1989 – in Teilen der politischen und wirtschaftlichen Elite eine Euphorie, die Beobachtern Chinas und der Kommunistischen Partei zunehmend als realitätsverloren erschien.

Erst die etwas spät einsetzende intensive Beschäftigung – etwa mit unfairen Handelspraktiken und deren Auswirkungen auf deutsche Unternehmen – führte zu einer kritischen Diskussion, die anhält. Neunmalklug könnte man *post factum* hinzufügen, dass die Zeichen bereits früh an der Wand standen. Wichtig zu erkennen wäre jedoch auch jetzt noch, dass das Chinabild hierzulande über Jahre vielfach von einer selbst-induzierten (Wunsch)Vorstellung geprägt wurde, in der die KP eigentlich eine Art sozialdemokratische Partei war, Reformen schließlich auch der politischen Alleinherrschaft ein Ende setzen würden und die sozialistische Marktwirtschaft nichts anderes sei, als die Soziale Marktwirtschaft eines Ludwig Erhards. Xi Jinping hat diesem Spuk – man sollte hinzufügen endlich – ein Ende gemacht.

Wie sieht es im Vergleich dazu mit Japan aus, das nun zum Prime Partner in der Region aufsteigt. Ist hier die Gefahr, dass der Wunsch nach einem idealen Partner – eines in die Weltwirtschaft eingebundenen, demokratischen Japans mit dem man sicherheitspolitische Interessen teilt – den Blick etwas trübt, obsolet?

Die neue japanische Premierministerin und Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei (LDP) erhält seit ihrem Amtsantritt Zustimmungsraten von über siebzig Prozent, die für japanische Verhältnisse außergewöhnlich sind. Als erste Frau in einer Welt, in der bislang männliche Alphanimale den Ton angaben, wird sie mittlerweile zum

<sup>3</sup> Xi Jinping hat vor einiger Zeit vor einer Thukydides-Falle, das heißt, einem sich anbahnenden Konflikt zwischen einer Status-quo-Macht und einem aufstrebenden Staat gewarnt und damit eigentlich implizit zugegeben, dass die KP bewusst diese Auseinandersetzung sucht.



Topstar. Ihr Politikstil, das zeigte ihr Umgang mit Präsident Trump, wird als erfrischend wahrgenommen; ihr eher moderater Kleidungsstil bereits auch von der jungen Generation kopiert. Eine harte Haltung gegenüber China, über dessen Touristen in Japan immer wieder negativ berichtet wird<sup>4</sup>, kommt in der Bevölkerung aktuell gut an. Takaichi hat sich in dieser Hinsicht auch über die letzten Jahre als Ministerin für die Sicherheit in der Wirtschaft konsequent gezeigt.

Ihre Äußerung, wonach ein Konflikt mit Taiwan, zu dem Tokio und insbesondere die LDP sehr gute Beziehungen unterhält, auch Japan betreffe, was zu einem neuen Tief in den Beziehungen zu Peking führte, ist inhaltlich in keiner Weise überraschend und vollkommen naheliegend. Bislang hat man das Thema aufgrund seiner Sensibilität eher umschifft. ‚Aimai‘, damit werden vage und unklare Formulierungen bezeichnet, sind eigentlich ein Kernelement in Reden japanischer Politiker. Die Diskussion um ‚yuuji 有事‘, das sind – ebenfalls ambivalent formuliert – ‚Ereignisse‘, die ein militärisches Eingreifen Japans an der Seite der USA verlangen, wird ohnehin seit Jahren geführt. In japanischen Sicherheitskreisen werden nicht erst seit gestern Reaktionsmöglichkeiten gegenüber der Volksrepublik und Nordkorea geprüft und umgesetzt (z.B. Satellitenaufklärung, Raketenabwehr etc.). Takaichi hat nun in einer Fragestunde des Parlaments Taiwan in den Zusammenhang eines solchen ‚Ereignisses‘ gerückt. Man könnte Takaichis Haltung als gradlinig, offen und realistisch bezeichnen, aber auch provokativ, undiplomatisch und wenig sensitiv.

Dabei handelt die Premierministerin keineswegs aus einer Position der Stärke. Sie steht einer Regierung vor, die über keine echte Mehrheit im Parlament verfügt. Ihre Regierungsfähigkeit gewinnt sie durch die Unterstützung einer neuen Partei am rechten Rand des Spektrums, deren alleinherrschender junger Vorsitzender insbesondere durch Fremdenfeindlichkeit<sup>5</sup> und ebenfalls harsche Kritik an der Volksrepublik auffällt und zudem keinen Kabinettsposten, also in keinem Portefeuille irgendeine Verantwortung, übernommen hat. Die Komeito, jene Partei, die über Jahre eine loyale Partnerin in der Koalition war, hat sich erstens wegen des Umgangs mit Parteispenden und zweites aufgrund der Chinapolitik Takaichis zurückgezogen. Die von einer großen buddhistischen Sekte, der Soga Gakkai, unterstützte Komeito unterhält traditionell bessere Beziehungen zu Festlandchina.

Bei einzelnen Gesetzesvorhaben sucht Takaichi auch die Unterstützung anderer Oppositionsparteien, wie der Demokratischen Partei für das Volk. Diese setzt sich insbesondere für Verringerung der Mehrwertsteuer von zehn auf fünf Prozent und weiterer Abgaben ein. In der Bevölkerung, die in den letzten Jahrzehnten aufgrund der stagnierenden Wirtschaft spürbare relative Wohlstandverluste hinnehmen musste, sind diese Vorhaben beliebt.

Wie dies jedoch mit den im aktuellen Haushalt weiter steigenden Staats- und der Ausweitung der Verteidigungsausgaben in Übereinstimmung gebracht werden kann, erschließt sich zumindest nicht auf den ersten Blick. Japan – mit einer Staatsverschuldung von bereits 255 Prozent, der höchsten im Vergleich der Industriestaaten und deutlich höher als Griechenland in Krisenzeiten – hat gerade einen Etat verabschiedet, der eine weitere Steigerung der Kreditaufnahme vorsieht. Die avisierten Rüstungsausgaben sollen auf etwa 50 Milliarden Euro bzw. mehr als fünf Prozent des Gesamthaushalts im nächsten Jahr steigen, bei in den letzten Jahren aufgrund

<sup>4</sup> Dazu zählen beispielsweise die Ausnutzung der preiswerten bis kostenlosen medizinischen Versorgung in Japan und unterschiedliche Regelverstöße von Touristen, was zu Versuchen führt, über Gesetze den Zugang zur Krankenhausleistungen, aber auch Genehmigungen bei Führerschein zu erschweren. Mittlerweile hat auch die Volksrepublik reagiert und rät von Reisen nach Japan ab.

<sup>5</sup> Der Parteivorsitzende Kamiya fällt unter anderem durch Positionen wie aktive Finanzpolitik, gegen Impfungen und eine 'Unabhängigkeit' von den USA (!) auf.



unterschiedlicher Faktoren – darunter Bezahlung und generell Ansehen der Streitkräfte<sup>6</sup> – kontinuierlicher Abnahme des Personals der Selbstverteidigungsstreitkräfte.

Die unterschiedlichsten Gruppen mit lockerem Geld zu befriedigen ist populär. Der billige japanische Yen – 円安 –, der unter Takaichi weiter nachgelassen hat<sup>7</sup>, hilft zwar tatsächlich der japanischen Exportwirtschaft – für KMU, die auf Zulieferungen aus dem Ausland angewiesen sind und für den Inlandsmarkt produzieren, sind sie weniger positiv. Auch Takaichi wird diese immanenten Widersprüche nicht auflösen und vielleicht eher noch verschärfen. Sie bezeichnet ihre Wirtschaftspolitik, als ‚verantwortungsvolle aktive Finanzpolitik‘ (責任ある積極財政). Kritische Stimmen in Japan sehen eher, wie gegenüber den unterschiedlichsten Baustellen, wie alternde Gesellschaft und niedrige Geburtenraten, sicherheitspolitische Herausforderungen, wirtschaftliche Stagnation, Wohlstandverluste und anderes weiter mit der Ausgabe von Staatsbonds reagiert wird, deren Zinsen nach oben angepasst werden dürften. Und auch Stimmen, die die Haltung Takaichis zur Volksrepublik – die für sich in Anspruch nimmt, im ‚nationalen Interesse‘ zu handeln – in dieser Situation nicht für vorteilhaft für Japan und eher wenig verantwortungsvoll halten, fehlen nicht.

Die äußere Festigkeit, mit der Takaichi auftritt, entspricht zudem nicht ihrem innerparteilichen Standing. Größere Gruppierungen der LDP sind ihr gegenüber kritisch eingestellt. Der frühere Premierminister Kishida bezeichnet sie einmal als ‚Talebanin‘; sie selbst vergleicht sich mit Margaret Thatcher. Ihre Unterstützung, mit der sie die innerparteiliche Wahl zur Vorsitzenden und damit automatisch zur Premierministerin gewonnen hat, erhielt sie aufgrund des Rückhalts durch den ehemaligen Premier Aso Taro.

Japanische Medien sprechen in diesem Zusammenhang auch von dem ‚Zweiten Aso-Kabinett‘. Seine Vertraute besetzen insbesondere die wichtigsten Parteiposten, deren Machtstellung die der einzelnen Minister oder Abgeordnete deutlich übersteigt. Durchgesetzt hatte sich Takaichi gegen ihren Vorgänger Ishiba, der erratisch auftrat und als eher peinlich wahrgenommen wurde sowie den Sohn des ehemaligen Premierministers Koizumi, der zwar beliebt, jedoch noch als zu unerfahren galt und nun als Verteidigungsminister Verdienste erwerben kann. Er wird irgendwann einmal Premier; Politik ist in Japan häufig noch Familiensache. Dies alles zu einer Zeit, in der einige Schwergewichte der LDP durch eine Parteifinanzierungsaffäre<sup>8</sup> weiter geschwächt sind.

Takaichi sieht sich selbst in der Nachfolge des vor einigen Jahren ermordeten Premierminister Abe Shinzo<sup>9</sup>. Während dessen Regierungszeit waren die bilateralen politischen Beziehungen zu Peking bereits durch kontinuierliche Spannungen geprägt. Symbolisch unter Abe wie auch aktuell ist der Umgang mit dem Kriegsofopfergedenken im zentralen shintoistischen Yasukuni-Schrein<sup>10</sup>. Unter den japanischen Gefallenen, die dort verehrt werden, sind auch die im Tokio Tribunal verurteilten Kriegsverbrecher, allen voran General Tojo.

<sup>6</sup> Die JDA versuchen beispielsweise über Serien im J-Drama-Format mit bekannten Schauspielern für sich zu werben. Sie wirken, wie im Fall von ‚Pressebüro im Himmel‘ (verfügbar auf Netflix), zumindest auf einen ausländischen Konsumenten sehr propagandistisch.

<sup>7</sup> Der ‚billige Yen‘ hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass japanische Immobilien und Unternehmen zu preisgünstigen Investitionen geworden sind und ausländische Käufer anzogen, was die Ressentiments insbesondere gegen chinesische Einkäufe weiter anfechte.

<sup>8</sup> Unter anderem durch Spenden der anti-kommunistischen, rechts-konservativen südkoreanischen Moon-Sekte bzw. heute Einheitskirche, die insbesondere an das Lager der Politikerdynastie der Kishis und Abes flossen.

<sup>9</sup> Der Mörder Abes, eine ehemaliger Marinesoldat, dessen Mutter in die Fänge der erwähnten Einheitssekte geriet und ihre Ersparnisse verlor, warf Abe die Nähe von dessen Familie zu der südkoreanischen Sekte vor.

<sup>10</sup> Die im Vergleich zum weitverbreiteten Buddhismus als ur-japanisch wahrgenommene Shinto-Religion war über weite Teile der japanischen Geschichte eher ein vernachlässigtes Phänomen. Sie wurde im Rahmen der Reformen zum Ende des 19. Jahrhunderts wiederbelebt, um insbesondere das Kaisertum zu stärken und einen Nationalismus zu etablieren.



Am zentralen Gedenktag, dem 15. August, wird man auch Einzelne finden, die in ihrer alten Militäruniform den Schrein besuchen. Eine weitere, neutrale Gedenkstätte des unbekannten Soldaten (無名戦没者の墓) hat dagegen nie die Bedeutung erhalten, die mit dem Yasukuni vergleichbar wäre. Insbesondere auf der koreanischen Halbinsel und der Volksrepublik, aber auch in anderen Staaten Asiens, wird die Haltung wichtiger LDP-Regierungsmitglieder gegenüber der Gedenkveranstaltung im Yasukuni genau beobachtet. Takaichi hat in der Vergangenheit den Schrein besucht, verzichtet aktuell jedoch aus taktischen Gründen darauf.

Die neue Regierungschefin wird in den internationalen Medien allgemein als ‚Falkin‘ bezeichnet. Einige ihrer Vorstellungen hat sie in der Schrift ‚Forschungen zur nationalen Stärke‘ (国力研究, 2024) formuliert, die im Sankei-Verlag erschien. Auch die Auswahl des Verlags passt in das Bild. Der Sankei-Verlag, mit eigener Tageszeitung, bewegt sich deutlich am rechten Rand des politischen Spektrums. Die Zeitung ist besonders durch ihre kritische und durchaus fundierte China- und Nordkorea-Berichterstattung bekannt, führt aber gegenüber den Mainstreammedien – Yomiuri, Asahi, Mainichi – aufgrund ihrer Ausrichtung eher ein Nischendasein als Leitblatt nationalistisch-konservativer Kreise. Daher ist auch die Wahl dieses Verlags ein politisches Statement.

Der deutsche Außenminister traf während seines Besuches in Japan auch bekannte Familien, deren Angehörige vor Jahrzehnten von nordkoreanischen Agenten entführt wurden. Hunderte von Personen wurden aus den unterschiedlichsten Gründen damals nach Pyonyang verschleppt<sup>11</sup>. Das Thema prägt die bilateralen Beziehungen zu der kommunistischen Familiendynastie seit drei Jahrzehnten. Es ist zugleich ein Feld, das insbesondere rechte Gruppen ständig instrumentalisieren. Auch der erwähnte Sankei-Verlag wirkt daran mit.

Japanische Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt sich langsam und wirkt auch unter Takaichi wechselhaft. Ein auffälliges Beispiel ist die Russlandpolitik bzw. die Gespräche über die nach dem Zweiten Weltkrieg von Moskau besetzten Kurilen-Inseln. Bei einem jüngsten Besuch in der nördlichsten Provinz Hokkaido sprach sich die Premierministerin für die Wiederaufnahme des Besuchsverkehrs mit den südlichsten Inseln aus. Im Zeichen der aktuellen Spannung mit Russland ist dies ebenso unrealistisch wie das jahrzehntelange Beharren auf Maximalforderungen gegenüber Moskau<sup>12</sup>. Sicherheitspolitisch scheinen die LDP und die sie unterstützende Sanseito zwar hinsichtlich ihrer Chinapolitik gemeinsame Ziele zu verfolgen, eine bei den japanischen Rechten traditionell existierende Abneigung gegen die ‚US-Okkupation‘ ist bei der letzteren jedoch ebenfalls erkennbar und mit einer Einhegung chinesischer Ansprüche nicht vereinbar.

Aus den überzogenen Reaktionen Pekings auf Takaichis Aussagen, die von den üblichen übertriebenen Stellungnahmen von Scharfmachern des außenpolitischen Apparates bis zu generellen Absagen von Konzerten unpolitischer Künstler reichen, kann man einiges über den Zustand der KP herauslesen. Der Kampf gegen die Besetzung Japans, der überwiegend von der später nach Taiwan geflüchteten Kuomintang geführt wurde<sup>13</sup>, gilt

<sup>11</sup> Im November 2023 erschien beispielsweise die Schrift ‚Der verschwundene Kernphysiker. Entführungen und das nordkoreanische Atomprogramm‘ von Watanabe Makoto (消えた核科学者：北朝鮮の核開発と拉致, 渡辺真), in dem das nie aufgeklärte Verschwinden eines japanischen Wissenschaftlers beschrieben wird, der an der Nordkorea zugeneigten Ostküste tätig war.

<sup>12</sup> Eine bekannte japanische Journalistin, die Premierminister Abe zu Gesprächen mit Putin begleitet, sagte aus, Abe und Putin hätten davor gestanden, einen Kompromiss zu finden, den Abe jedoch in der LDP nicht durchsetzen konnte. Die Forderung, ausschließlich die Rückgabe von allen vier Inseln, von denen keine unter japanischen Einfluss steht und auf denen nur noch wenige Tausend ältere Japaner leben, zu akzeptieren, ist im politischen Establishment weit verbreitet. Ende 2025 besuchte der LDP-Politiker Suzuki Muneo (Wahlkreis Hokkaido) Russland und sprach über Erleichterungen im Zusammenhang mit den Kurilen. Suzuki fiel bereits vor über 20 Jahren mit alternativen Vorschlägen in der Frage auf, die zu erheblicher innerparteilicher Kritik sorgen und ad acta gelegt wurden. Er wurde später wegen Korruption zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Unklar ist, in welchem Auftrag er die Kontakte zu Moskau sucht.

<sup>13</sup> Zu der KP-Geschichtsklitterung unter Mao Zedong ab den 1930er Jahren siehe beispielsweise: Chang, Jung u. Halliday, Jon: Mao. München 2005



nach wie vor als ideologische Legitimierung einer zunehmend de-legitimierten allein herrschenden, leninistischen Kaderpartei. Für KP-Kader ist zudem ein scharfes Vorgehen gegenüber Tokio ein Feld, auf dem sie sich gefahrungslos<sup>14</sup> profilieren können. Bei anderen politischen oder wirtschaftlichen Fragen ist dies deutlich schwieriger. Dass dabei in besonderer Weise nationalistische Töne angeschlagen werden, ist ein weiteres Element der Entwicklung Chinas in den letzten insbesondere zwei Jahrzehnten. Alle Aspekte weisen eher auf eine immanente Schwäche der KP hin.

Für eine Positionsbestimmung Deutschlands ist es naheliegend und überzeugend, die eingangs erwähnte, überfällige Partnerschaft mit Japan zu erneuern. Die Nähe in kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Fragen ist augenscheinlich. Zu der zunehmend national-kommunistischen Volksrepublik, die versucht, wirtschaftliche Autarkie zu erreichen, werden trotz weiterhin enger geschäftlicher Verflechtungen die gemeinsamen Interessen geringer. Deutschlands Prioritäten in Asien werden sich deutlich verändern. Das sollte jedoch nicht den Blick davor verstellen, dass in Tokio aktuell eine Regierung den Ton angibt, die instabil und politisch deutlich am rechten Rand angesiedelt ist und zudem von einer ausländergefeindlichen Randpartei am Leben erhalten wird, die sie jederzeit stürzen kann, wenn nicht die populistische Opposition zur Hilfe eilt.

Die Laufzeit der Regierung Takaichi wird wie die letzten vier Vorgängerkabinetts zeitlich eng begrenzt sein. Bereits Ishiba wurden bei Amtsantritt nur wenige Monate gegeben. Immerhin hat er es auf fast ein Jahr geschafft. Mit dem Nachfolger – außer der Gouverneurin von Tokio steht keine prominente Politikerin zur Verfügung – wird es wieder neue Anpassungen geben. Kontinuität ist kein besonderes Kennzeichen japanischer Außenpolitik. Sollte die Komeito wieder in die Koalition zurückkehren, wird auch die Politik gegenüber China überarbeitet.

Auch hinsichtlich Takaichis Aussagen und Unterstützung Taiwans<sup>15</sup> ist Vorsicht geboten. Das aggressive und auf maximale Einschüchterung abzielende Vorgehen der Volksrepublik gegenüber Taipeh – dem am demokratischsten aufgestellten Land Asiens mit regelmäßig wechselnden nationalen und lokalen Verantwortlichen – und insgesamt im westlichen Pazifik unter Einsatz der Volksbefreiungsarmee, der Küstenwache und als Fischereiboote getarnten Milizen, flankiert vom Propagandaapparat der KP ist mittlerweile Allgemeinwissen. Das japanische Verteidigungsministerium beschreibt kontinuierlich die Aktivitäten der chinesischen Marine in den nahen Gewässern, zuletzt die Entsendung von zwei Flugzeugträgergruppen zur Durchquerung der sogenannten First Island Chain.

Vermeintliche ‚Unterstützung‘ für Taiwan aus dem Ausland bot in der Vergangenheit wie auch aktuell Peking Anlässe, seine Folterinstrumente zur Schau zu stellen<sup>16</sup>. Dass eine bewaffnete Okkupation Taiwans, die gesamte Region und die weltweiten Lieferketten in eine Krise führen würde, ist glasklar und besorgniserregend. Daher

<sup>14</sup> In ‚Foreign Affairs‘ vom 01. November 2025 hat Orville Schell die innere Parteikonkurrenz treffend als: „a dog-eat-dog world of power struggle, artifice, hubris, treachery, and duplicity – yet also an enormous amount of sacrifice“ beschrieben.

<sup>15</sup> Die LDP unterhält enge und gute Beziehungen zur regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), die jedoch zunehmend wegen ihrer Haltung zum Festland in die Kritik gerät. Zuletzt besuchten der ehemalige (KMT)-Präsident sowie der aktuelle KMT-Bürgermeister von Taipeh die Volksrepublik. Auch bei von der DPP erzwungenen Lokalwahlen wurden alle KMT-Bürgermeister wiedergewählt. Daher erscheint auch hier eine genaue Differenzierung der komplexen Situation angebracht.

<sup>16</sup> Ein Beispiel dafür bot der Besuch der einflussreichen US-amerikanischen Politikerin Nancy Pelosi in Taipeh im Jahr 2022, auf den Peking mit einem der größten Manöver antwortete und dies als Reaktion auf die Visite begründete, ungeachtet der Tatsache, dass ein derartiges Großmanöver lange im Voraus geplant werden muss und die Abläufe fertig in den Schubladen der VBA gelegen haben mussten. Pelosi war schon nach der Niederschlagung der Studentenbewegung aufgefallen, als sie als junge Abgeordnete auf dem Tiananmen ein KP-kritisches Plakat entrollte und einige wenige amerikanische Medien von ihrer Aktion informierte, die entsprechend darüber berichteten. Für Oppositionelle in China bot die Aktion keine Vorteile; eher bestand die Tendenz zu noch stärkerer Kontrolle. Spekulationen zum Grund der überflüssigen, wenn nicht schädlichen Aktion führten die Wählerstimmen der chinesischen Exil-Community in ihrem Heimatwahlkreis San Francisco an.





eignet sich die Frage auch nicht als Spielfeld von Eitelkeiten und Selbstdarstellung und schon gar nicht seitens der japanischen Regierung, die Taiwan keinen Schutz bieten kann.

Die Vorbehalte gegenüber Chinas Aufrüstung und sicherheitspolitischen strategischen Ambitionen überschneiden sich in vielen Ländern Europas und Asiens. Japan steht dabei nicht allein. Die Philippinen sind aufgrund der ständigen Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer fast noch häufiger betroffen. Das sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass hiesige Interessen nicht mit den Zielen der japanischen Rechten übereinstimmen.

Exakte Analyse, Differenzierung und darauf aufbauend ent-ideologisiertes Vorgehen sind sowohl im Hinblick auf Japan als auch der Volksrepublik entscheidend, um eigene Interessen zu wahren. Die durch das chinesische Rüstungsprogramm ausgelöste Bedrohung der Region ist zudem keineswegs neu. In Japan wurde diese bereits vor über zwei Jahrzehnten wahrgenommen und ist seither – und nicht erst seit Amtsantritt Takaichis – Schwerpunktthema japanischer Verteidigungsweißbücher. Dennoch hat es Tokio – dies als weiteres Beispiel für selbstgemachte Hürden – nicht geschafft, außer ihrer Anlehnung an Washington echte Koalitionen in der Region zu bilden. Es sind immer wieder die USA, die Tokio und Seoul darin erinnern müssen, dass sie Partner sind. Japanischen Rechten fällt das traditionell schwer. Und auch der neue südkoreanische Staatschef, der in Kürze die Volksrepublik besuchen wird, fällt nicht durch eine besondere Nähe zu Tokio auf.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Axel Röhling, Regierungsdirektor a.D., studierte und arbeitete insgesamt fast zwanzig Jahre in Ländern Asiens und des Mittleren Ostens und bereist die Regionen seit 1982 häufig und regelmäßig. Im Jahr 2022 gründete er die unabhängige Beratungsfirma asia-arab-monitoring.

Axel Röhling ist erreichbar unter: [info@asia-arab-monitoring.com](mailto:info@asia-arab-monitoring.com)